Ressort: Auto/Motor

Umweltbundesamt will Maut für sämtliche Kraftfahrzeuge

Dessau-Roßlau, 05.11.2017, 13:08 Uhr

GDN - Unmittelbar vor Beginn der Weltklimakonferenz in Bonn hat das Umweltbundesamt die Einführung einer Maut für sämtliche Kraftfahrzeuge in Deutschland gefordert. "Ich plädiere für eine Maut, die kilometerabhängig auf allen Straßen und für alle Kraftfahrzeuge erhoben wird", sagte Behördenchefin Maria Krautzberger der "Welt" (Montagsausgabe).

Im Verkehrssektor gebe es seit 25 Jahren keinen Rückgang der Emissionen. Um den Klimawandel aufzuhalten, müsse das Autofahren insgesamt reduziert werden. "Damit müssen wir ja nicht zwangsläufig unsere Mobilität einschränken", so Krautzberger. Vor allem müssten Bus und Bahn attraktiver werden, dann stiegen die Leute auch um. "Das regelt sich nicht allein über den Preis, sondern über schnelle Taktung, ein enges Haltestellennetz." Man brauche eine grundlegende Verkehrswende hin zur Elektromobilität, verlangte die Präsidentin der zentralen Umweltschutzbehörde Deutschlands. "Ziel muss sein, bis 2030 mindestens zwölf Millionen Elektroautos auf die Straße zu bekommen." Auch Busse müssten auf Elektroantrieb umgestellt werden. "Unsere Forderung ist eine Quote für Neuzulassungen bei Pkw, die 2030 bei 70 Prozent liegen muss." Deutschland habe das Ziel, bis zum Jahr 2050 die gesamten Treibhausgasemissionen um 95 Prozent zu reduzieren. "Das schaffen wir nur, wenn wir im Verkehr auf nahezu Null Emissionen kommen." Krautzberger sprach sich auch für einen beschleunigten Ausstieg aus dem Kohlestrom aus. "Wenn wir kurzfristig noch etwas erreichen wollen, müssen wir schneller als bisher geplant aus der Kohleverstromung aussteigen." Deutschland habe sich verpflichtet, seine Treibhausgasemissionen bis zum Jahr 2020 um 40 Prozent gegenüber dem Jahr 1990 zu reduzieren. "Derzeit liegen wir bei unter 28 Prozent", sagte Krautzberger. Wenn keine zusätzlichen Anstrengungen unternommen werden, wären wohl nur 32 Prozent zu erreichen. Vor allem im Energiesektor, der für knapp die Hälfte der deutschen Treibhausgasemissionen verantwortlich ist, sieht Krautzberger noch eine Möglichkeit für Reduktionen, die bis 2020 eine Wirkung zeigen. Ohne die Versorgungssicherheit zu gefährden, könnten elf bis zwölf der ältesten Braunkohlekraftwerke stillgelegt werden. Bei den dann noch verbleibenden Kraftwerken, die älter als 20 Jahre sind, müsste die derzeitige Stromproduktion halbiert werden. Allerdings ließ sie offen, ob und wie die Energieversorger für diese Maßnahmen entschädigt werden sollen: "Am besten wäre natürlich ein konsensualer Weg - also über Verhandlungen und die Einsicht, dass eine Minderung politisch gewollt und gesellschaftlich richtig ist."

Bericht online:
https://www.germandailynews.com/bericht-97150/umweltbundesamt-will-maut-fuer-saemtliche-kraftfahrzeuge.html

Redaktion und Veranwortlichkeit:
V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:
Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:
United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local
(702) 943.0233 Facsimile

info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com